

Avanti ²

Theoriebeilage

Übergangs-
programm 2.0

ISO Rhein-Neckar

UNSER LEBEN ODER IHRE PROFITE



INHALT

TITEL

- 01 LEBEN ODER PROFITE?**
Gegen Neoliberalismus

EDITORIAL / INHALT / KURZ & KNAPP

- 02 KAPITALISMUS**
Kurz & knapp?

SEITE DREI

- 03 LEBEN ODER PROFITE?**
Gegen Neoliberalismus

ANTIFASCHISMUS

- 04 WIDERSTAND ORGANISIEREN**
Warum gemeinsam kämpfen?

ARBEITSWELT

- 05 TARIFABSCHLUSS METALL**
Chemische Kompromisse

- 06 BR-MOBING KONKRET**
Was passiert da?

- 07 ARBEITSUNRECHT BEENDEN**
Den Offenen Brief unterstützen

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

erst der Wahlsieg Trumps und wenige Stunden später das Schmierentheater um das Aus der Ampel-Regierung, danach der schwache Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie, ferner das schändliche Ende der UN-Klimakonferenz und nicht zuletzt die weitere Eskalation der Kriege in der Ukraine, im Nahen Osten, im Sudan ...

Manch einem ist das so notwendige Lachen vergangen. Wir erinnern deshalb gerne an die Worte Antonio Gramscis, des italienischen Kämpfers gegen Kapitalismus, Faschismus und Stalinismus: „Man muss nüchterne, geduldige Menschen schaffen, die nicht verzweifeln angesichts der schlimmsten Schrecken und sich nicht an jeder Dummheit begeistern. Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens.“

Wir hoffen, dass die Dezember-Ausgabe von *Avanti*² in diesem Sinne nützlich ist.

Wir wünschen Euch für das Jahresende ausreichend Zeit, um Kraft schöpfen zu können, und einen gesunden Rutsch in das neue Jahr!

Eure Redaktion

*Titelbild: DGB-Demo in Mannheim, 1. Mai 2022.
(Foto und Bildbearbeitung: Avanti².)*

INHALT

INTERNATIONAL

- 08 KÄMPFE IN FRANKREICH**
Gegen Entlassungen?

ISO / POLITISCHE BILDUNG

- 09 KRISEN UND WIDERSTAND**
Wohin wir gehen

- 10 DEN ABBAU VERHINDERN**
Gegenwehr statt Anpassung?

ISO / IV. INTERNATIONALE

- 11 SPENDEN ERFORDERLICH**
Ohne Moos nix los

RÜCKBLLENDE / TERMINE

- 12 PROTESTGEGEN DM**
„Hier bist du Mensch ...?“

- 12 TERMINE**

THEORIEBEILAGE

- 01 ÜBERGANGSPROGRAMM 2.0**
Für Ursachenbekämpfung

Orte der Freude

R. S.

Es gibt Orte, an denen das Unmögliche noch möglich scheint. Das sind laut einer Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EY die Vorstandsetagen deutscher, an der Börse notierter Unternehmen.

Der Vorstandsvorsitzende von VW erhielt rund 10,3 Millionen € für das vergangene Jahr. Die anderen Vorstandmitglieder bei VW kamen im Schnitt auf 5,7 Millionen €.

Durchschnittlich wurden 2023 die Vorstandsgehälter bei den DAX-, MDAX- und SDAX-notierten Konzernen um 11 % erhöht auf jeweils 2,65 Millionen € (inklusive Boni).

Die Vergütung der Vorstandschefs wuchs dabei besonders kräftig um 16 Prozent auf im Mittel jeweils 3,7 Millionen €.

[Quellen: FR vom 16.11.2024; www.stern.de vom 13.11.2024.] ■

K
U
R
Z
&
K
N
A
P
P

Orte der Ernüchterung

R. S.

An den Orten der Ernüchterung leben die Rentnerinnen und Rentner in Deutschland. 2023 lagen die gesetzlichen Altersrenten im Monat laut den Angaben der Deutschen Rentenversicherung (DRV) bei durchschnittlich 1.348 € (Männer) bzw. 908 € (Frauen) nach Abzug der Sozialabgaben und vor Steuern.

Die im Jahr 2023 hinzugekommenen Rentnerinnen und Rentner bezogen sogar nur noch 1.295 € (Männer) bzw. 937 € (Frauen).

Die Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und die Witwen-/Witwer-Renten lagen noch deutlich darunter.

Rentnerinnen und Rentner sind von der Inflation stark betroffen, erhielten aber im Gegensatz etwa zu Beamten keine Inflationsausgleichsprämie.

[Quellen: FR vom 14.11.2024; WSI/DRV.] ■

Unser Leben oder ihre Profite

U. D.

„So oder so die Erde wird rot. Entweder lebendrot oder todrot“ sang Ende der 1960er Jahre Wolf Biermann. Das war eine poetische Anlehnung an Rosa Luxemburgs Losung *Sozialismus oder Barbarei*. Längst will er von seinen roten Träumen nichts mehr wissen.

Mehr als 50 Jahre nach Biermanns Lied droht die Erde *to-drot* zu werden. Dem Neoliberalismus ist es weltweit gelungen, die arbeitende Klasse politisch und organisatorisch zu schwächen. Die sozialistische Idee ist diskreditiert. Autoritäre oder gar faschistische Strömungen sind auf dem Vormarsch.

So entsteht der Eindruck, die globale Bedrohung durch Klimazerstörung, Kriege, profitgetriebene Ausbeutung von Menschen und Natur und anderes mehr könne nicht gestoppt werden.

Trumps Sieg

Mit Trump wurde ein rassistischer, frauenverachtender, klimaleugnender Milliardär und autoritärer Anti-Demokrat gewählt. In seiner Regierung versammelt er weitere Superreiche, Rassisten, Nationalisten und Demokratiefeinde. Seine politische Richtschnur sind allein seine eigenen und die Profit-Interessen wichtiger Sektoren des US-Kapitals.

Um die *USA wieder groß zu machen* und seine Wähler nicht zu enttäuschen, reichen innenpolitische Maßnahmen nicht aus. Darum wird Trump rücksichtslos versuchen, die wirtschaftliche und die militärische Weltmachtposition der USA zu verteidigen und auszubauen. Genau dies wird die globalen Konflikte weiter verschärfen und damit auch die Kriegsgefahr erhöhen.

Lindners Sprengsatz

Lindner hat mit seiner neoliberalen Kampfschrift die Ampel-Regierung gezielt gesprengt. Ihm ging es dabei nicht nur um das eigene politische Überleben. Sein Ziel ist es, zur Bewältigung der kapitalistischen Krise einen noch härteren national-neoliberalen Kurs durchzusetzen.

Das heißt: noch weniger Regulierung für das Kapital, weitere Steuergeschenke an Unternehmen und Reiche, weniger Klimaschutz, mehr Sozialabbau, flexiblere Arbeitszeiten, weitere Senkung des Rentenniveaus und noch mehr Druck auf Erwerbslose. Kurzum, freie Fahrt für noch mehr Profite auf Kosten der arbeitenden Klasse.

Merz Kanzler?

Bei den anstehenden Neuwahlen droht ein CDU/CSU-Wahlsieg. Merz hofft, Regierungschef zu werden. Mit ihm würde dann ein reaktionärer und neoliberaler Ultra Bundeskanzler werden, der im Kern Lindners Positionen teilt.

Eine Merz-Kanzlerschaft würde die politische „Zeitenwende“ mit verschärften neoliberalen Angriffen im Sinne der Profitmaximierung fortsetzen. Zum Beispiel mit beschleunigtem Sozialabbau, verschärften Angriffen auf Rente und Bürgergeld, noch mehr Aufrüstung und rassistischer Abschottung sowie der weiteren Aushöhlung des Asylrechts.

Gegen Kapitalismus

Der Wechsel auf der Regierungsbank wird jedoch die Krisen

nicht lösen. Denn eine verschärfte neoliberale Politik kann die Folgen des Kapitalismus nur verschlimmern.

Wohin die Reise geht, zeigen unter anderem die aktuelle Welle von Arbeitsplatzvernichtungen, die anhaltende Teuerung, die Schließung von Krankenhäusern, die Einschränkungen demokratischer und sozialer Rechte.

Dies alles wird politische und soziale Konflikte auslösen. Ob sich dabei der Rechtsruck fortsetzt, ist noch nicht entschieden. Doch um dies zu verhindern, muss überall der solidarische Widerstand weiterentwickelt werden.

Zum Beispiel gegen Arbeitsplatzvernichtung, gegen Sozialabbau, Preistreiberei, Mietwucher und Wohnungsnot, gegen Klimazerstörung, gegen Aufrüstung und Kriegstreiberei, für Frauenrechte, gegen Faschismus, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und den Abbau von Grund- und Menschenrechten.

Für Solidarität

Entscheidend wird dabei sein, ob es gelingt, diesen Widerstand zu bündeln und mit der Idee einer solidarischen, ökologischen und friedlichen Gesellschaft zu verbinden. Trotz unterschiedlicher Voraussetzungen könnte dabei die *Nouveau Front Populaire* in Frankreich Anregungen geben.

Eine gemeinsame soziale und politische Front, die sich auf ein Maßnahmenbündel gegen den Neoliberalismus einigt, die auf Mobilisierung und sozialen Widerstand setzt, aber auch gemeinsam bei Wahlen antritt.

Eine Front, an der sich unterschiedliche Initiativen, Organisationen und Parteien beteiligen können, ohne ihre Eigenständigkeit aufzugeben.

Wie dichtete Biermann einst aufmunternd weiter? „Wir mischen uns da bisschen ein | [...] Und Frieden ist nicht mehr nur ein Wort | Aus Lügnerschnauzen für Massenmord | Kein Volk muss mehr nach Frieden schrei'n | [...] Ja, Wohlstand wollen wir gern, anstatt | Dass uns am Ende der Wohlstand hat | Der Mensch lebt nicht von Brot allein | So soll es sein, so soll es sein, so wird es sein“.



Antikriegsdemo in Mannheim, 5. März 2022.

Foto: Avanti?

GEGEN FASCHISMUS UND NEOLIBERALISMUS WIDERSTAND ORGANISIEREN!*

K. O.

Weit mehr als 4 Millionen Teilnehmende haben in den letzten Monaten gegen die AfD und Faschismus demonstriert. Das ist großartig. Aber reicht das gegen den anhaltenden Rechtsruck aus?

Nicht erst seit dem Potsdamer Nazi-Treffen gibt es eine niederträchtige Hetzkampagne. Mit Parolen wie „Flüchtlingsflut“ oder „Islamisierung“ machen vor allem AfD & Co. Stimmung. Sie organisieren Hass und Terror, planen millionenfache Vertreibung von Migrant:innen und ihnen unbequemen Menschen und nennen es „Remigration“.

Ihre besonderen Hassobjekte sind die ohnehin schon Schwächsten und am meisten Unterdrückten. Menschen, die vor Krieg, Unterdrückung, Ausbeutung, Armut und Perspektivlosigkeit fliehen.

Laut UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR ist Ende Juni 2023 mit 110 Millionen Menschen auf der Flucht ein neuer Höchstwert erreicht worden. Die Zahl der Geflüchteten ist innerhalb der letzten sieben Jahre vor diesem Zeitpunkt um fast 70 % gestiegen. Die Zahl der Asylanträge in Deutschland ist jedoch offiziellen Angaben zufolge von 745.545 (im Jahr 2016) auf 351.595 (im Jahr 2023) zurückgegangen. Das ist eine Verringerung um 52,8 %!

Rassismus und Sexismus als Spaltpilze

Vordergründig geht es bei rassistischer, sexistischer und faschistischer Hetze um Wahlerfolge. Strategisch geht es um die Beseitigung der demokratischen und sozialen Grund- und Menschenrechte.

Rassismus baut Sündenböcke auf und vertieft die Spaltung der arbeitenden Klasse (deutsche gegen ausländische Arbeiter:innen). Er lenkt damit von der hemmungslosen Bereicherung an der Spitze der Gesellschaft ab.

Das ist ganz im Sinne des neoliberalen Kapitalismus, der alle Hindernisse der Profitmaximierung abräumen will. Mit „Digitalisierung“ und „Flexibilisierung“ streben Kapital & Politik eine grundlegende „Transformation“ der Arbeitswelt an. Durch die beschleunigte Prekarisierung, Verlagerung und Zerstückelung von Arbeit sollen das Kräfteverhältnis noch mehr zu Gunsten des Kapitals verschoben werden.

Vor dem Hintergrund eines zunehmend brutaleren globalen Wirtschaftskrieges soll die immer wildere Jagd nach Wachstum der Profite noch weiter verstärkt werden. Nennen wir das Problem beim Namen: Es heißt Kapitalismus, und die Ablenkung davon heißt Rassismus.

Vor über 30 Jahren erschütterten zahlreiche faschistische Anschläge und Morde die Bundesrepublik. Der Deutsche Bundestag reagierte 1993 darauf mit einer breiten Mehrheit für die Einschränkung des Grundrechts auf Asyl (Artikel 16 Abs. 2 GG). Jetzt erleben wir wieder eine Politik, die immer weitere Zugeständnisse an rassistische Vorurteile macht.

Statt sich den zunehmenden Angriffen auf Geflüchtete entgegenzustellen, übernehmen Teile der Ex-Ampel-Parteien, die CDU/CSU, die Freien Wähler und die Abspaltung von der Linkspartei, BSW, faktisch „Argumente“ der AfD. Mit ihrer Migrations-Politik kommen sie den rechten Menschenfeinden sehr weit entgegen und verschaffen Rassismus und rechter Hetze zusätzlichen Auftrieb.

Das belegen auch die schändlichen Nazi-Gesänge auf Sylt und anderswo sowie die Wahlerfolge der AfD und anderer Faschisten bei den Landtagswahlen im Osten.

Grund- und Menschenrechte verteidigen!

Die EU, gestützt von der Bundesregierung, setzt auf Abschottung. Grenzen werden dichtgemacht. Schutzsuchende werden in Lager gesperrt. Menschenrechte werden missachtet und Grundrechte systematisch ausgehöhlt oder umgangen.

In Deutschland und der EU wurden und werden durch die neoliberale Politik der Umverteilung von unten nach oben enorme Mittel für gesellschaftliche Solidarität gekürzt. Statt Armut und Klimazerstörung ernsthaft zu bekämpfen, steckt die herrschende Politik trotz „Schuldenbremse“ immer mehr Steuergelder in die „Kriegstüchtigkeit“.

Die herrschende Politik dient vor allem den Interessen von Konzernen und Superreichen mit Milliarden von Euro. Nicht einmal die seit 1997 ausgesetzte Vermögenssteuer wird reaktiviert oder der Steuerhinterziehung von großen Konzernen oder extrem Reichen ein Riegel vorgeschoben.

- Es ist an der Zeit, gemeinsam aktiver zu werden und sich einzumischen – am Arbeits- oder Ausbildungsplatz, in Schulen, Hochschulen, Unis, Stadtteilen, Gewerkschaften und Vereinen!
- Für Streiks gegen Faschismus und Klimazerstörung!
- Für eine solidarische Front gegen Faschismus, Rassismus, Klimazerstörung und Profitgier!

* [Dies ist der Text eines Flugblatts, das Aktive der ISO Rhein-Neckar am 16. November 2024 bei den Protesten gegen den baden-württembergischen AfD-Landesparteitag in Ketsch verteilt haben.] ■



Protest gegen AfD-Veranstaltung in Mannheim-Rheinau, 26. April 2024.

Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie

IG Metall-Spitze im Fahrwasser der IG BCE?

H. N.

Bereits in der 4. Verhandlungsrunde am 11./12. November 2024 haben IG Metall (IGM) und Gesamtmetall in der Metall- und Elektroindustrie einen „Kompromiss“ vorgelegt. Er wurde mittlerweile von allen Tarifbezirken trotz zahlreicher kritischer Stimmen in der Gewerkschaft übernommen.

An den Warnstreiks der IGM hatten sich nach offiziellen Angaben bundesweit rund 620.000 Kolleginnen und Kollegen beteiligt. Sie setzten sich für die ursprünglichen Kernforderungen ihrer Gewerkschaft ein: 7 % mehr Entgelt bei einer Laufzeit des Tarifvertrags von 12 Monaten und 170 Euro mehr monatlich für Auszubildende.

Wie sehen die jetzt getroffenen Vereinbarungen im Detail aus?

- Eine Einmalzahlung von 600 € bis Februar 2025
- 2 Prozent mehr Entgelt ab dem 1. April 2025
- Weitere 3,1 Prozent ab dem 1. April 2026
- 140 € monatlich mehr für Auszubildende ab Januar 2025 und 3,1 Prozent ab 1. April 2026
- Erhöhung des jährlichen „Tariflichen Zusatzgeldes“ (T-ZUG B) von derzeit rund 630 € auf 900 € ab Februar 2026 als soziale Komponente
- Laufzeit 25 Monate bis Ende Oktober 2026.

Sehr schwacher Kompromiss

Herausgekommen ist ein sehr schwacher Kompromiss. Positiv sind sicherlich die Erhöhungen der Vergütungen der Auszubildenden. Aber das stark nachlassende Interesse junger Menschen an einer Ausbildung in der Industrie hat auch die Kapitalseite unter Handlungsdruck gesetzt. Sicherlich sind zudem die Verbesserungen beim „Tariflichen Zusatzgeld“ ein kleines Bonbon.

Negativ sind jedoch die tariflichen Differenzierungsmöglichkeiten für Betriebe mit „wirtschaftlichen Schwierigkeiten“. Sie sind ein zusätzlicher Schritt in Richtung weiterer Flexibilisierung und Verbetrieblichung der Tarifpolitik. Firmen können so die Auszahlung von jährlichen Sonderzahlungen wie tariflichem Zusatzgeld oder Weihnachtsgeld verschieben oder kürzen.

Ein noch viel größerer Schwachpunkt sind die geringen tabellenwirksamen Entgelterhöhungen. Sie betragen unter Berücksichtigung der Leermonate knapp unter 2 %. Mit anderen Worten: Es ist erneut keine Reallohnsteigerung gelungen und das bei einer selbst offiziell wieder anziehenden Inflation.

Gewerkschaftspolitisch aber noch negativer ist die lange Laufzeit des Tarifvertrags, die nur 2 Monate unter den von der Kapitalseite ins Spiel gebrachten 27 Monaten liegt. Damit hat die IGM-Spitze die Handlungsmöglichkeiten der eigenen Organisation noch mehr eingeschränkt. Aktive Tarifrunden mit massenhaften Warnstreiks – besser noch mit gewerkschaftlichen Erzwingungsstreiks – sind elementar für Erhalt und Stärkung der Mobilisierungskraft der Mitgliedschaft und des ehren- wie des hauptamtlichen Funktionärskörpers. Diese Binsenweisheit gilt umso mehr in Zeiten des verschärften Klassenkampfes von oben.

Widerstand oder Anpassung?

Schließlich hat die IGM-Führung mit dem – absehbaren – schnellen Ende der Tarifrunde eine große Chance vergeben. Sie hätte nämlich den Protest und die Gegenwehr gegen die zahlreichen Angriffe von Konzernführungen auf Beschäftigung, Standorte und Tarifverträge wie bei Alstom, Bosch, Ford, Schäffler, VW und ZF bündeln können. Sie hätte damit den dringend erforderlichen gewerkschaftlichen Zusammenhalt in Richtung Widerstand stärken können.

Der schwache Abschluss ist zum einen durch das von „sozialpartnerschaftlichem“ Verständnis für Konzern- und Standortinteressen geleitete Einknicken der Gewerkschaftsspitze zu erklären. Das medial massiv verstärkte Geschrei über den drohenden Untergang der deutschen Fahrzeugindustrie ist offenbar auch im geschäftsführenden IGM-Vorstand auf keine verschlossen-

en Ohren gestoßen. Bezeichnenderweise bekannte sich die neue Vorsitzende der IG Metall, Christiane Benner, erst jüngst in einem Interview mit der FR offen zu der Notwendigkeit des „Co-Managements“.

Die erforderliche gewerkschaftliche Gegenoffensive war daher auch kaum wahrzunehmen. Sie hätte die Rekordgewinne der großen deutschen Autokonzerne im letzten Jahr in den Mittelpunkt ihrer Argumentation stellen müssen. Und sie hätte die strategische Orientierung auf weiteres (Profit-)Wachstum massiv kritisieren müssen, die die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und ökologischen Krisen weiter verschärfen wird.

Zum anderen muss die Frage gestellt werden, ob die Handlungsfähigkeit und der Handlungswille der IG Metall in allen Bezirken, Geschäftsstellen und den streikrelevanten „A-Betrieben“ noch ausreichend gegeben ist. Das offenkundige Fehlen sowohl einer konkreten Ursachenanalyse als auch einer praktisch wirksamen, kämpferischen und konsequenten Strategie der gewerkschaftlichen Gegenmacht droht die IG Metall zu einer IG BCE 2.0 zu deformieren.

Dagegen ist Widerstand angesagt. Er benötigt dringend die Vernetzung aller in der IG Metall betrieblich und gewerkschaftlich Aktiven. ■



Mit Abmahnungsstrategie gegen aktiven Betriebsrat?

Ein Interview zum Betriebsrats-Mobbing*

Avanti² hat Günther Badner, den Betriebsratsvorsitzenden eines Unternehmens aus dem Transportsektor, interviewt. Die Firma in der Rhein-Neckar-Region hat rund 100 Beschäftigte. Der Betriebsrat wurde vor wenigen Jahren neu gegründet und besteht aus fünf Mitgliedern. Zuständige Gewerkschaft ist ver.di. Seit es den Betriebsrat gibt, wird er von der Geschäftsleitung mit Abmahnungen überzogen. Die Wut der Geschäftsleitung gegen die demokratisch gewählte Interessenvertretung richtet sich aber nicht nur gegen den aktiven Betriebsratsvorsitzenden.



Protest gegen BR-Mobbing bei Ford Kohlhoff in Mannheim, 30. April 2024.

Foto: Privat.

Günther, um was geht es bei den Abmahnungen? Was wird damit bezweckt?

Bei den Abmahnungen geht es zum Beispiel um die Nutzung meines privaten Computers für die Betriebsratsarbeit. Diese wird mir willkürlich untersagt, obwohl der Firmenchef mir lediglich einen veralteten Rechner zur Verfügung gestellt hat, der zudem mit einer längst überholten Software ausgestattet ist. Dieses Gerät ist deshalb so langsam, dass ein flüssiges Schreiben gar nicht möglich ist. Um vernünftig arbeiten zu können, blieb mir gar nichts anderes übrig, als meinen eigenen Computer zu nutzen. Wir hatten mehrfach den Geschäftsführer darauf hingewiesen, dass dem Betriebsrat die erforderlichen Arbeitsmittel und Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen sind. Leider ist das bis heute nicht geschehen. Selbst Materialien wie Briefumschläge, Briefmarken oder Schreibzeug muss ich nach wie vor selbst mitbringen, da es seitens der Unternehmens-

leitung bisher keine Reaktion auf unsere Anforderungen gab.

Ein anderes Beispiel: Einem Kollegen wurde per Abmahnung das Aufsuchen des Betriebsrats während einer Betriebsrats-sitzung untersagt, da dies die Beratungen des Gremiums unnötig verlängern und zusätzliche Kosten verursachen würde. Unser Betriebsrat ist jedoch nur während seiner Sitzungen komplett anzutreffen. Beschäftigten soll also erschwert werden, mit dem Betriebsrat in Kontakt zu treten und ihre Anliegen vorzubringen. Außerdem geht es darum, den Betriebsrat und die Belegschaft einzuschüchtern und müde zu machen. Gleichzeitig sollen mit solchen Abmahnungen offensichtlich auch Kündigungen vorbereitet werden.

Sind Eure Kolleginnen und Kollegen über solche Vorgänge informiert?

Die Belegschaft ist darüber informiert. Ein Großteil des Außendienstpersonals ist grundsätzlich mit dem Betriebsrat solidarisch. Es gibt auch aktive Unterstützung.

Aber, wie man an der Abmahnung unseres Kollegen sieht, geraten solche offenen Unterstützer von uns in das Visier des Firmenchefs. Wir haben uns deshalb als Betriebsrat juristische Unterstützung durch einen Rechtsanwalt besorgen müssen. Wegen der aggressiven Vorgehensweise der Geschäftsführung gegen uns hat er viel zu tun.

Die innerbetriebliche Solidarität ist ein entscheidender Faktor. Wie siehst Du die Möglichkeiten für den Aufbau eines gewerkschaftlichen Vertrauensleutkörpers?

Der Aufbau eines Vertrauenskörpers ist eher schwierig, da die Belegschaft gewerkschaftlich nicht sehr aktiv ist. Wir konnten zwar viele neue Mitglieder für ver.di gewinnen, aber das war schon ein gutes Stück Arbeit. Auch ver.di selbst ist eher passiv, da die Hauptamtlichen überlastet sind und unser Betrieb recht klein ist. Mit einem hohen Organisationsgrad versuchen wir aber, die Basis für einen Vertrauensleutkörper zu legen.

Auch Solidarität von außen ist wichtig. Welche Möglichkeiten gibt es da?

Wir hatten schon überlegt, uns direkt an die Auftraggeber unserer Firma oder an die Presse zu wenden, da die großen Transportgesellschaften, für die wir als Subunternehmer arbeiten, nicht gerne mit schlechten Arbeitsbedingungen in Verbindung gebracht werden wollen. Ganz wichtig ist aber die Unterstützung die wir vom Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ in Mannheim erhalten. Sei es die solidarische Unterstützung bei den vielen Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht oder die sehr profunde Beratung durch die Aktiven des Solikomitees.

*[Die Fragen für Avanti² stellte H. S. Der Name des interviewten Kollegen musste aus Sicherheitsgründen geändert werden.] ■

BR-Mobbing mit den juristischen Mitteln des deutschen Faschismus?

Auf der 11. Bundeskonferenz „Betriebsräte im Visier“ wurde der folgende Aufruf an die Spitzen des DGB und der Einzelgewerkschaften einstimmig verabschiedet. Wir dokumentieren im Folgenden diesen Appell und bitten um aktive Unterstützung.

Kontakt: solidaritaet@gegen-br-mobbing.de, weitere Infos: www.gegen-br-mobbing.de und www.work-watch.de.

Offener Brief an die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften und des DGB

„Nie wieder ist jetzt!“: Fortwirken des faschistischen Arbeitsunrechts beenden!

Sind Betriebsrats-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung mittlerweile alltäglich im deutschen Rechtsstaat? Es fällt schwer, diese Frage mit Nein zu beantworten. Selbst im Heidelberger Unternehmen des BDA-Präsidenten Dulger konnte der gewerkschaftlich organisierte Betriebsrat zerschlagen werden.

Die Durchsetzung eines „Rechts des Stärkeren“ und die damit verbundene illegale Bekämpfung von betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretungen ist ein extrem beunruhigendes Phänomen. Die Täter werden meist weder rechtlich verfolgt noch belangt.

Sie können vielmehr das Mittel der „Verdachtskündigung“ gegen Betriebsräte und gewerkschaftlich Aktive skrupellos anwenden, obwohl es elementaren Rechtsgrundsätzen widerspricht. Denn die gemobbten und gekündigten Opfer müssen ihre Unschuld beweisen!

Dieser Skandal beruht vor allem auf dem Nachwirken des faschistischen Arbeitsunrechts bis heute.

Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur 1933 wurden Gewerkschaften und Betriebsräte verboten. Das bisherige Arbeitsrecht wurde 1934 mit dem „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ konsequent in Unrecht umgewandelt. Die dort festgeschriebene Verpflichtung der „Betriebsgefollgschaft“ zur „Treue“ gegenüber dem „Betriebsführer“ war schwerwiegend. Angebliche Verstöße gegen die Treuepflicht konnten seither mit „Verdachtskündigungen“ geahndet werden.

Im Nachkriegsdeutschland passte das Bundesarbeitsgericht (BAG) unter maßgeblicher Beteiligung von bereits in der Nazi-diktatur tätigen Juristen wie dem 1. BAG-Präsidenten Nipperdey wesentliche Elemente des faschistischen Arbeitsunrechts „demokratisch“ an. Das hatte insbesondere die massive Einschränkung des Streikrechts zur Folge, das Verbot politischer Betätigung im Betrieb, die „Treuepflicht“ gegenüber dem „Arbeitgeber“, die „Betriebsgemeinschaft“, die „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ und nicht zuletzt die „Verdachtskündigungen“.

Das BAG hält bis heute an dieser unseligen Tradition nicht nur fest, es hat sogar seine Rechtsprechung durch die Möglichkeit einer „grundlosen fristlosen Verdachtskündigung“ verschärft.

Nach Auffassung von Jurist:innen stellt die Verdachtskündigung einen Verstoß gegen das Grundgesetz dar – konkret gegen Art. 12 Abs. 1 (Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes) und Art. 20 Abs. 3 (Bindung der Rechtsprechung an Gesetz und Recht). Sie kann zudem ausschließlich durch das Beendigungsinteresse des „Arbeitgebers“ ohne tatsächliche Rechtsgrundlage ausgesprochen werden.

Stattdessen ist die Übertragung des Grundsatzes „im Zweifel

für den Angeklagten“ auf das Arbeitsrecht unter Bezugnahme auf Art. 6 Abs. 2 (Recht auf ein faires Verfahren) der Europäischen Menschenrechtskonvention erforderlich. Dort heißt es: „Jede Person, die einer Straftat angeklagt ist, gilt bis zum gesetzlichen Beweis ihrer Schuld als unschuldig.“

Neben dem gesetzlichen Verbot der Verdachtskündigung ist auch der § 9 Abs. 1 Satz 2 Kündigungsschutzgesetz zu streichen. Dort werden nämlich dem Unternehmer bei Feststellung der Unwirksamkeit einer Kündigung noch sehr viel weiterreichende Möglichkeiten zur Auflösung eines Arbeitsverhältnisses als nur in Verdachtsfällen geboten.

Die mit Verdachtskündigungen einhergehenden schweren Verstöße gegen Grund- und Menschenrechte haben fatale Folgen: gesundheitlich zerstörte Menschen, schwer geschädigte Familienangehörige, ruinierte berufliche Existenzen und nicht zuletzt eingeschüchterte Belegschaften.

Die Förderung starker demokratischer Gegenmacht in Betrieben und der Gesellschaft ist jedoch eine wesentliche Voraussetzung, um Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung sowie den Vormarsch der Rechten stoppen zu können.

„Nie wieder ist jetzt!“ gilt daher besonders für die Arbeitswelt. Denn gerade dort, wo faschistisches Unrecht nach wie vor „Recht“ ist, wird Widerstand zur Pflicht!

Es ist auch deshalb höchste Zeit, das skandalöse Fortwirken des faschistischen Arbeitsunrechts in Deutschland zu beenden und konkret die „Verdachtskündigung“ zu verbieten. Es ist die ureigenste Aufgabe des DGB und der Einzelgewerkschaften dies bei Politik und Justiz konsequent einzufordern.

Erstunterzeichner: Günter Wallraff, Horst Schmitthenner, 11. Bundeskonferenz gegen BR-Mobbing u. a.

Mannheim, den 12.10.2024 ■



Konferenz „BR im Visier“ in Mannheim, 12. Oktober 2024. Foto: Helmut Roos.

Frankreich: Zeit für die Gegenwehr!

E. B.

Mit der Unterstützung von Le Pens faschistischem Rassemblement National (RN) leitet die Regierung Barnier eine neue Etappe des Sozialabbaus ein: Steuererhöhungen, Einfrieren der Löhne, Reduzierung von Feiertagen und Sozialeinkommen, Angriffe aller Art auf den Öffentlichen Dienst ...

Zudem haben Kapitalisten mit Billigung der Regierung eine neue massive Entlassungswelle angekündigt.

Entlassungen

Seit Jahresbeginn sind nicht weniger als 180 Entlassungspläne mit 150.000 Stellenstreichungen bekannt gegeben worden. Sie werden meist von großen, sehr profitablen Konzernen vorangetrieben, wie z. B. Auchan, GE Vernola, Michelin, MA France, Renault, Sanofi, Airbus, Nexity, Valéo oder Vencorex.

Dagegen wehren sich Beschäftigte. Um ihre Arbeitsplätze langfristig erhalten zu können, müssen jedoch auch strategische Antworten auf die Frage der Umstellung der jeweiligen Produktion gefunden werden. Wie kann zukünftig industrielle Arbeit einerseits mit weniger Abfall, Energieverbrauch und Umweltverschmutzung sowie andererseits unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Bevölkerung organisiert werden?

Lohnkürzungen

In öffentlichen Unternehmen geht die Privatisierung weiter. Bei den Verkehrsbetrieben RATP im Großraum Paris hat die Zerstückelung des Unternehmens begonnen,

indem erste Buslinien an private Firmen vergeben werden. Bei der Eisenbahngesellschaft SNCF soll der Güterverkehrsreich, ab 1. Januar 2025 zerschlagen werden, um danach privatisiert werden zu können.

Während Profite und Entlassungen zunehmen, sinken die Löhne. Im Jahr 2022 haben die Beschäftigten in der Privatwirtschaft 1 % ihrer Kaufkraft verloren, 2023 dann 0,8 %, und 2025 ist mit einem weiteren Rückgang zu rechnen. Besonders betroffen ist der Öffentliche Dienst (ÖD) mit einem nunmehr unbefristeten Einfrieren der dort geltenden Indexpunkte, was faktische Entgeltkürzungen zur Folge haben wird. Zudem will die Regierung für die im ÖD Beschäftigten die Kostenerstattung für krankheitsbedingte Ausfälle kürzen.

Die ständigen „Reformen“ der Arbeitslosenversicherung und der Renten haben die Situation der prekär Beschäftigten immer weiter verschlechtert. Laut dem am 14. November 2024 veröffentlichten Bericht der Katholischen Nothilfe „hat die Reform der Arbeitslosenversicherung einen Teil der Arbeitslosen in die Nichterwerbstätige“ abgleiten lassen, wie z. B. junge Berufstätige“. In Frankreich erreichte die Quote der Nichtinanspruchnahme des RSA (garantiertes Mindesteinkommen) im Jahr

2023 bereits 36 %, das sind zehn Prozentpunkte mehr als 2010.

Die ersten Opfer dieser Politik des Sozialabbaus und des Abbaus der öffentlichen Dienstleistungen sind die Ärmsten. Laut dem oben erwähnten Bericht der Katholischen Nothilfe sind „Frauen die ersten Opfer der Armut. Sie machen 57 % der Personen aus, die sie treffen“.

Widerstand

Angesichts dieser sozialen Angriffe gibt es also noch mehr Gründe, am Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen zu demonstrieren. Am 23. November 2024 wurden Demonstrationen organisiert, bei denen ein Rahmengesetz gegen sexistische und sexuelle Gewalt gefordert wurde.

Auch gegen die Entlassungen organisiert sich Widerstand. In Cholet, Clermont oder Pont-de-Claix kam es zu Streiks und Demonstrationen mit gemeinsamen Mobilisierungen der kämpfenden Belegschaften. Der von dem Gewerkschaftsdachverband CGT für den 12. Dezember 2024 aufgerufene nationale Aktionstag kann dazu beitragen, solche Abwehrkämpfe noch besser zu vereinigen.

Bei der SNCF wurde ein erster Streikaufruf für den 22. November und eine verlängerbare Arbeitsniederlegung ab dem 11. Dezember 2024 angekündigt. Im Öffentlichen Dienst ruft eine breites Gewerkschaftsbündnis zu einem eintägigen Streik am 5. Dezember auf. Der Dezember bietet also die Möglichkeit, die Wut zu koordinieren.

Zudem finden auf den von Frankreich kontrollierten Antillen Protestmärsche gegen die hohen Lebenshaltungskosten statt.

Der Einschätzung unserer Genoss:innen der NPA (Neue Antikapitalistische Partei) zufolge gibt es jetzt gute Chancen, nach der mächtigen Bewegung gegen die Rente mit 64 und dem Wahlerfolg der NFP (Neue Populäre Front) den Kampf gegen Sozialabbau und profitorientierte Großprojekte verstärkt außerparlamentarisch auszutragen. ■



Demo gegen Abbau in Strasbourg, 28. September 2024.

Foto: Photothèque rouge/Alexandre.

Von massiven Krisen und vielfachem Widerstand Spannendes Herbstseminar der ISO Rhein-Neckar

N. B.

Es war ein Tag voller Programm, Protest, Austausch und Solidarität. Am Samstag, den 16.11.2024, traten etwa 1.300 Menschen dem AfD-Landesparteitag in Ketsch entgegen. Anschließend setzte sich eine kleinere Gruppe von Aktiven in Mannheim zusammen, um im Herbstseminar der ISO Rhein-Neckar Antworten auf die vielen brennenden Fragen und Probleme unserer Zeit zu erarbeiten.

Die Ereignisse der lokalen und weltweiten Politik überschlagen sich und das nicht zum Guten.

Rechtsruck international und lokal

Mit der Wahl von Trump zum Präsidenten der USA kommt im mächtigsten Land der Welt ein radikal Rechter an die Macht. Er bestimmt schon mit seiner Kabinettsbesetzung, wodurch seine Amtszeit geprägt sein wird – durch eine Politik zur hemmungslosen Steigerung von Profiten der Reichsten und massive Einschränkungen und Abschaffung grundlegender sozialer und politischer Rechte der arbeitenden Klasse, insbesondere der Migrant:innen, Frauen und anderer unterdrückter und benachteiligter Gruppen.

In Deutschland macht die AfD sich daran, das frühzeitige Ende der Ampelkoalition zu nutzen, um ihre rechte Hetze weiter zu verbreiten und den „Wahlkampf“ für ihre Stärkung zu nutzen. Und auch regional heißt es, auf Ereignisse kurzfristig zu reagieren. Am 16.11.2024 fand in Ketsch im Rhein-Neckar-Kreis der AfD-Landesparteitag statt. Deshalb entschlossen wir uns, das ISO-Herbstseminar später beginnen zu lassen, um sichtbar am Fest der Vielfalt in Ketsch und der Gegendemonstration zum Parteitag teilnehmen zu können. Beides wurde von einem breiten Bündnis von antifaschistischen und demokratischen Gruppen aus der Region organisiert.

Widerstand lokal und international

Gestärkt von einer lauten und bunten Demo mit einer solidarischen Grundstimmung kamen wir am späteren Nachmittag zu unserem verkürzten Herbstseminar in Mannheim zusammen. Knapp setzten wir uns mit den oben skizzierten Entwicklungen verstärkter politischer, sozialer und wirtschaftlicher Angriffe im verschärften Klassenkampf von oben auseinander. Anschließend machten wir uns daran, Möglichkeiten der Gegenwehr zu betrachten und Alternativen jenseits von Kapitalmacht und Demokratiefeindlichkeit anzudenken. Hierfür lasen und diskutierten wir gemeinsam das letzte Kapitel des ökosozialistischen Manifest-Entwurfs der IV. Internationale*, deren deutsche Sektion die ISO ist.

Mit dem internationalen Blick der Autor:innen des Manifests werden Kämpfe weltweit genannt, die sich dem Klassenkampf von oben widersetzen: „Zadist:innen“ in Frankreich, die Land gegen sozial und ökologisch schädliche Großprojekte verteidigen; argentinische Frauen im Kampf um das Recht auf Abtreibung; Sioux in den USA im Widerstand gegen die XXL-Pipeline durch ihr Land; gewerkschaftliche Strömungen in Lateinamerika,

den USA und Europa, die mit dem Gebot zur Erwirtschaftung von immer mehr Profit brechen; Befreiungsbewegungen mit einer Nähe zu ökosozialistischen Alternativen in Chiapas, Rojava und Mindanao; die Via Campesina als internationales Bündnis von Kleinbäuer:innen und Landarbeiter:innen.

So vielfältig und unübersichtlich die gesellschaftliche Krise ist, so vielfältig und unübersichtlich sind auch die Ansätze und Bewegungen der Gegenwehr. Dies spiegelt sich auch in dem Text wider, den die Teilnehmenden in vielen Stellen als sprachlich schwer zugänglich empfanden.

Solidarisch Kämpfe zusammenführen

Angesichts der sich weiter entfaltenden ökologischen und politischen Verheerungen erscheint es umso dringlicher, eine übergreifende klassenpolitische Bewegung aufzubauen. Sie muss mit der Logik der bestehenden Verhältnisse brechen und Selbstorganisation und den Aufbau von Selbstverwaltungsorganen in den Mittelpunkt stellen – sowohl in ihrer Strategie als auch in ihrem Ziel.

Entsprechend der gesellschaftlichen und politischen Lage bewegte sich die Stimmung in unserem Herbstseminar zwischen Sorge und Niedergeschlagenheit einerseits und Hoffnung und Widerstandswille andererseits. In dieser Situation empfinden wir es mehr denn je als notwendig, dass wir uns regelmäßig zu Seminaren wie diesem zusammenfinden, um uns zu stärken, Strategien weiter zu entwickeln und Solidarität zu leben.

* [www.iso-4-rhein-neckar.de/manifest] ■



Demo gegen AfD in Ketsch, 16. November 2024.

Foto: H. S.

„Abbau und Rechtsruck stoppen! Klar, aber wie?“

H. S.

So lautete das Thema des monatlichen Infoabends der ISO-Rhein-Neckar am Freitag, den 22. November 2024. Inhaltlich ging es dabei darum, wie den aktuellen Herausforderungen begegnet werden kann.

Einige Stichpunkte zur Kennzeichnung der gegenwärtigen Lage sind: die massive Verschärfung der Angriffe auf abhängig Beschäftigte sowie auf Grund- und Menschenrechte, die zunehmende Gewalt nach innen und außen, der beschleunigte gesellschaftliche Verfall und die Krise der politischen Institutionen.

Bei der Einschätzung dieser Probleme bezog sich unser Referent unter anderem auf den kürzlich vom Internationalen Büro der IV. Internationale herausgegebenen Entwurf für ein ökosozialistisches Manifest. Er soll im Februar 2025 auf dem nächsten Weltkongress unserer internationalen Organisation verabschiedet werden.

Militarisierung und Kriege

Folgende Entwicklungen betonte unser Referent besonders: Den Krieg in der und um die Ukraine sowie den Nahost-Krieg. Beide Kriege sind bedrohlich eskaliert worden. Sie sind begleitet von einer Welle der Aufrüstung und der Militarisierung der Gesellschaft, wie es sie seit dem Kalten Krieg nicht mehr gegeben hat. Sie haben sogar das Potential, einen dritten Weltkrieg auszulösen.

Durch diese Prozesse ist die bedrohliche Klimazerstörung in den Hintergrund gedrängt worden. Gleichzeitig sind aber die Unzulänglichkeiten kapitalistischer Klimapolitik auch immer offensichtlicher geworden. Der Unwille und die strukturelle Unfähigkeit, auf eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Wirtschaftsweise umzuschalten, sind kaum zu übersehen. Mit der Wahl Trumps zum Präsidenten der USA und der Umsetzung seiner Agenda wird sich diese Entwicklung auf internationaler Ebene noch weiter verschärfen.

Missachtung sozialer Bedürfnisse

Das Scheitern der neoliberalen Politik ist auch in Deutschland offenkundig. Dies zeigt sich nicht nur am kriselnden Ausbau der „Elektromobilität“, sondern auch an der heruntergewirtschafteten

öffentlichen Infrastruktur besonders des Schienenverkehrs.

Die notwendigen Veränderungen im Sinne einer stärker auf die sozialen und ökologischen Bedürfnisse der Gesellschaft ausgerichteten Umstellung der Produktion und Dienstleistungen bleiben dagegen weitestgehend auf der Strecke.

Vor allem die Konzerne der Auto- und der chemischen Industrie kündigen trotz enormer Milliardenprofite langjährige Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung. Sie wollen so leichter Produktionen in Niedriglohnländer verlagern. Dadurch sind ganze Industriestandorte und Hunderttausende Arbeitsplätze bedroht.

Eine Konversion von Industrien wird zwar ins Auge gefasst, mündet aber nicht in gesellschaftlich sinnvolle Produktionen, sondern, wie bei ALSTOM oder Continental, in Richtung Kriegswaffenindustrie.

Diese Angriffe und die Defensive der Gewerkschaften werden vor allem der extremen Rechten nützen. Diese leugnet die Klimazerstörung und lenkt die Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg gegen die Migrant:innen um.

Die nach dem Scheitern der Ampel-Koalition anstehende Bundestagswahl droht, eine weitere Verschiebung nach Rechts zu ermöglichen. Diese Situation ist auch Ausdruck der politischen Schwäche der linken Kräfte. Linke wie auch Gewerkschaften haben bislang kaum wirksame und glaubhafte Alternativen zur Bekämpfung der kapitalistischen Krisen aufgezeigt.

Notwendige Gegenwehr

Am Ende seiner Ausführungen ging unser Referent auf die strategischen Forderungen der IV. Internationale ein. Notwendig sind umfassende Kontrollrechte für die Belegschaften bei den von der Kapitaleseite geplanten „Umstrukturierungen“, um eine gesellschaftlich sinnvolle Konversion der Produktion gewährleisten zu können.

Massive Arbeitszeitverkürzungen und das Verbot von Entlassungen sind notwendige flankierende Maßnahmen. Gegen die fortschreitende Rechtsentwicklung der Gesellschaft hilft nicht eine einzelne Kampagne. Es braucht örtliche Initiativen für breite Bündnisse ebenso wie den Aufbau solidarischer Strukturen in Betrieben und Stadtteilen. Es braucht Strukturen für Nachbarschaftshilfe, Initiativen im Bereich Wohnen oder Verkehr, um auf Dauer der AfD etwas entgegensetzen zu können. Es geht letztendlich um den Aufbau einer bundesweiten solidarischen antifaschistischen Front.

In der sich anschließenden, zunächst etwas zögerlichen, dann aber doch lebhafter werdenden Diskussion wurden die angesprochenen Themen weiter vertieft und wichtige zusätzliche Aspekte erörtert. Unter anderem gab es konstruktive Vorschläge zur sprachlichen Vereinfachung komplizierter Formulierungen.

Unter dem Strich bewerteten Teilnehmer:innen auch diesen ISO-Infoabend als sehr informativ. ■



IGM-Kundgebung in Ludwigsburg, 19. April 2013.

Foto: Privat.

Jetzt spenden für ein Zentrum der NPA und der kämpferischen Linken!

K. O.

Unsere Genoss:innen der NPA haben eine Spendenkampagne gestartet. Sie wollen bis Anfang 2025 800.000 Euro sammeln. Damit soll ein Zentrum der NPA und der kämpferischen Linken geschaffen werden.

Konkret wollen die Genoss:innen ein größeres Gebäude erwerben. In ihm wird es Raum für ihre politischen Aktivitäten auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene geben. Neben den dort schon untergebrachten Redaktionen ihrer gedruckten und digitalen Medien sowie der großen Druckerei wird auch die Buchhandlung La Brèche dort unterkommen.

Das zu kaufende Gebäude ist eng mit der jüngeren Geschichte der französischen Sektion der IV. Internationale verbunden. Nachdem im September 1968 die erste Ausgabe von *Rouge*, der Zeitung der damaligen JCR, erschienen war, gelang ihrer Nachfolgeorganisation LCR im März 1976 die Herausgabe einer Tageszeitung gleichen Namens. Sie wurde damals ebenso wie andere Publikationen der LCR in der neu gegründeten Druckerei Rotographie hergestellt. Von nun an waren Herstellung und Vertrieb der Presse, die Redaktion von *Rouge* sowie ein Teil der Leitungsarbeit der LCR an einem Ort – in Montreuil bei Paris – vereint.

Dieses organisatorische und politische Projekt, das um die Druckerei herum aufgebaut werden konnte, ist einzigartig. Es war wahrscheinlich mit entscheidend dafür, dass unsere französische Organisation allen Rückschlägen und Widrigkeiten zum Trotz bis heute – unter dem Namen NPA – sehr aktiv ist.

Natürlich hat sich in den letzten fünfzig Jahren sehr viel verändert – bis auf das Gebäude in der Rue Richard-Lenoir 2 in Montreuil. Vor dem Einzug der Druckerei Rotographie war dort eine Metallfabrik untergebracht.

Die Idee, diese Immobilie zu erwerben, ist nicht neu. Seit 2022 ist dieses Vorhaben notwendig geworden. Jetzt wird es konkret. Das Gebäude in Paris, in dem sich seit 24 Jahren unsere Buchhandlung, unsere Versammlungsräume und die Räumlichkeiten der IV. Internationale befinden, ist verkauft worden. Unsere Genoss:innen müssen dort in einigen Monaten ausziehen.



Digitales Filmstudio im NPA-Gebäude.

Foto: NPA.



Grafik: NPA.

Der Kauf und die Renovierung des Bauwerks in Montreuil sollen nicht nur das Zentrum unserer Organisation sichern. Es soll auch sozialen Bewegungen offenstehen – für Treffen und Veranstaltungen in den entsprechenden Räumlichkeiten. Natürlich wird Rotographie auch weiterhin Materialien von anderen Organisationen drucken und der neue Buchladen zu offenen Dialogen einladen.

Das Vorhaben ist auch in finanzieller Hinsicht sehr ehrgeizig. Deshalb rufen unsere Genoss:innen zur Solidarität auf, um 800.000 Euro bis Anfang 2025 sammeln zu können.

Unterstützung für ihr Vorhaben kommt unter anderem von dem Gewerkschaftsvorsitzenden Ezia Bierry, der Schriftstellerin Annie Ernaux, dem Regisseur Ken Loach und der Aktivistin gegen Polizeigewalt Assa Traoré.

Das soziale Lager der Ausgebeuteten und Unterdrückten muss sich mehr denn je organisieren, um einheitlich und konsequent handeln zu können. Auf allen Ebenen, in der Arbeitswelt, im Bildungsbereich, auf der Straße und bei Wahlen hat sich die NPA immer in diesem Sinne engagiert – für eine Linke des Kampfs und des Bruchs mit dem Kapitalismus. Aus diesem Grund hat sich die NPA seit Juni 2024 aktiv an der *Nouveau Front populaire* beteiligt. Obwohl derzeit die unmittelbare Gefahr einer extremen Rechten an der Regierung gebannt zu sein scheint, bleibt noch so viel zu tun!

Indem Ihr die NPA bei ihrem Vorhaben unterstützt, helft Ihr unseren Genoss:innen, weiter gegen diese überholte kapitalistische Welt und für die Perspektive eines ökologischen und demokratischen Sozialismus zu wirken.

Bitte sprecht uns an, wenn Ihr mehr wissen und die Spendenkampagne unterstützen wollt.

Infos: www.souscription.npa2009.org/

Solidarität gegen BR-Mobbing bei dm

O. T.

Mit bisher fünf fristlosen Kündigungen versucht dm, den Betriebsratsvorsitzenden seines Verteilzentrums in Weilerswist loszuwerden.

Dagegen rief die Initiative work-watch zu Aktionen auf. Am 20. November 2024 haben deshalb Aktive des Komitees „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ auch in Mannheim gegen das Vorgehen der Drogeriemarktkette protestiert.

Bei der Soli-Aktion vor der Mannheimer dm-Filiale auf den Planken verteilten sie offensiv das Flugblatt von work-watch und führten viele Gespräche mit Kund:innen und Passant:innen. Es gab daraufhin zahlreiche positive Rückmeldungen.

Die Filialeleitung wollte aggressiv den Protest unterbinden, doch die Aktiven ließen sich von ihr nicht einschüchtern. Sie rief daraufhin die Polizei zum „Tatort“. Diese fand zwar nach der Lektüre des Flugblatts keine „illegalen“ Inhalte, aber sie monierte, dass mehr als zwei Personen Flugblätter verteilt hätten.

Einen Kollegen des Komitees ernannte sie willkürlich zum „Leiter“ einer nicht genehmigten Versammlung. Die Beamten stellten seine Personalien fest und kündigten ihm eine „Ordnungsstrafe“ an.

Auf den Einwand von Aktivist:innen, dass dieses Vorgehen eine Einschränkung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG) bedeute, antworteten sie, dass der Schutz der De-

mokratie nicht ihre Aufgabe sei.

Dennoch unterbanden sie nicht die Fortführung der Aktion. ■



Protest gegen BR-Mobbing bei dm in Mannheim, 30. November 2024.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DI, 10.12.2024, 14:00 Uhr, Demo zum Internationalen Tag der Menschenrechte, Auftakt am Plankenkopf/Wasserturm, MA
- DI, 10.12.2024, 19:30 Uhr, Kulturveranstaltung zum Internationalen Tag der Menschenrechte, Port25, Hafenstr. 25, MA-Jungbusch
- DO, 12.12.2024, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solidaritätskomitee, Rhein-Neckar, Gewerkschaftshaus, IGM-Konferenzraum, Hans-Böckler-Str. 1, MA
- SAM, 21.12.2024, 16:00 Uhr, Jahresendfeier der ISO Rhein-Neckar, MA



Impressum:
ISO Rhein-Neckar
VfSDP: ISO, 68026 MA

ISO, Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Netz: www.iso-4-rhein-neckar.de
Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn
Instagram: www.instagram.com/isorheinneckar

